Aktivistin Ahadi wirbt für differenzierte Sicht auf Muslime

20. November 2017

Köln (KNA) Minah Ahadi, Gründerin des Zentralrats der Ex-Muslime, fordert eine differenzierte Sicht auf Muslime.

Das verbreitete Bild, dass alle vier Millionen Muslime in Deutschland religiös und konservativ seien, stimme nicht, sagte sie am Freitag im Deutschlandfunk. Muslime, die religiös und fortschrittlich zugleich seien, kämen zu selten zu Wort, kritisierte Ahadi. Ebenso erhielten Menschen, die sich vom Islam abwendeten und dafür angefeindet würden, zu selten eine Stimme. Probleme wie Frauenrechte oder der Umgang mit dem Kopftuch müssten offen thematisiert werden: „Wenn wir nicht darüber sprechen, spricht die AfD darüber“, so Ahadi.

Die österreichisch-iranische Aktivistin fügte hinzu, die Politik sollte aus ihrer Sicht nicht mit den Islamverbänden zusammenarbeiten. Diese seien nicht die offizielle Vertretung von Millionen Muslimen. Sie wünsche sich einen säkularen Staat und setze sich auch gegen den Einfluss der Kirchen, etwa im Arbeitsleben, ein. Religion müsse Privatsache sein, erklärte Ahadi.

Die Islamverbände könnten wie Nichtregierungsorganisationen arbeiten, regte die Aktivistin an. Sie sollten aber nicht die Macht erhalten, einen politischen Islam durchzusetzen. Wenn Frauen auf der Straße gefragt würden, warum sie kein Kopftuch trügen, sei dies „ein Skandal in Deutschland“, sagte Ahadi. Es sei ein Menschenrecht, sich von einer Religion abzuwenden. Dies dürfe nicht kriminalisiert werden. In Ländern, in denen die Scharia gilt, kann die Apostasie, der „Abfall vom islamischen Glauben“, zivil- und strafrechtliche Folgen haben.

(KNA – rlllr-89-00049)

Stand: 13. November 2026